

DER LINKE Landtags-Rundbrief

Ausgabe 9/November 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

auch bei dieser Landtagssitzung stand das Thema Gorleben im Zentrum der Auseinandersetzungen. Kurz nach der Sitzung informierte Ministerpräsident David McAllister die Fraktionsvorsitzenden darüber, dass auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll, um alternative Endlagerstätten zu erkunden. Jetzt sei alles wieder offen. Diese Ankündigung ist nicht wirklich glaubhaft, solange in Gorleben weiter erkundet und die Castor-Transporte nicht gestoppt werden. Deshalb ist unsere Fraktion auch beim nächsten Transport Ende November wieder im Wendland vor Ort, um zu protestieren. Ein Dauerbrenner ist mittlerweile auch das Thema Mindestlohn. Auch nach den halbherzigen Beschlüssen des CDU-Parteitags bleiben wir die einzige Fraktion im Landtag, die für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro eintritt. Dann gab es noch die von Schwarz-Gelb initiierte Debatte um den Bau der Mauer: Ein Hinweis aus der FDP, die Bundesvorsitzende der LINKEN, Gesine Lötzsch, habe in der DDR zu den Reisekadern gezählt, die im Gegensatz zu anderen ins Ausland reisen durften, geriet jedoch zu einem Eigentor. Denn zu diesen Reisekadern gehörte in ihrer Funktion als FDJ-Funktionärin seinerzeit auch die heutige Vorsitzende der CDU, Bundeskanzlerin Angela Merkel, worauf wir in einer Kurz-Intervention verwiesen hatten. Vom Recht der Erwidderung machte der FDP-Sprecher keinen Gebrauch.

Ihr Hans-Henning Adler

Zimmermann: Neue Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge ist überfällig



Allein in Niedersachsen leben mehr als 10.000 Menschen, die schon länger als sechs Jahre in Deutschland leben und trotzdem keine Chance auf eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis haben. Die Hürden dafür sind zu hoch, weil die Bleiberechtsregelung der Bundesregierung an einen Stichtag und einen Arbeitsplatz gekoppelt ist. Laut Gesetzestext können Ausländer mit Kindern eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn sie am 1. Juli 2007 seit mindestens sechs Jahren in Deutschland gelebt haben, für Alleinstehende gilt eine Frist von acht Jahren. Die Betroffenen müssen außerdem nachweisen, dass sie in der Lage sind, für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein auf die ökonomische Verwertbarkeit reduziertes Menschenbild sei nicht mit der Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes vereinbar, mahnte deshalb Pia Zimmermann, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag. „Es darf nicht sein, dass Menschen, die arbeitslos werden, Angst haben müssen, das Aufenthaltsrecht zu verlieren.“

Um diese Hürden abzuschaffen, hat die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, der auf eine Initiative der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zurückgeht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich mit einer parlamentarischen Initiative für eine neue Bleiberechtsregelung einzusetzen, in der humanitäre Gründe Vorrang vor Nützlichkeitskriterien und Kostenkalkülen erhalten. Eine sofortige Übergangsregelung soll verhindern, dass Personen mit einer „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ in die Duldung „zurückfallen“ oder abgeschoben werden.

Die neue Bleiberechtsregelung soll auch Familien davor schützen, auseinandergerissen zu werden. Bisher kann es sein, dass Kinder nur dann bleiben dürfen, wenn die Eltern ausreisen - jüngst geschehen bei einer Familie aus Vietnam, obwohl die Eltern einen Arbeitsplatz hatten und für den Unterhalt der Familie aufkommen konnten. Bis auf die älteste Tochter wurden alle Familienmitglieder abgeschoben.

Herzog: Landesregierung soll Castortransport stoppen!



Die Opposition hat die Landesregierung aufgefordert, den am 1. Advent geplanten Castortransport nach Gorleben abzusagen. CDU und FDP könnten so zugleich beweisen, dass sie den Transport wirklich ablehnen. Selbst Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) hatte sich in der Öffentlichkeit scheinheilig dagegen ausgesprochen. „Sie hätten diesem Castortransport den Garaus machen können“, sagte Kurt Herzog, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion, dem Minister im Landtag. Damit bezog er sich auf die Entscheidung des Niedersächsischen Umweltministeriums, die Einlagerung weiterer Castorbehälter im Zwischenlager zu genehmigen.

Diese Entscheidung beruht auf Strahlenmesswerten, die von der Aufsichtsbehörde im Sinne der Atomindustrie offensichtlich manipuliert wurden. So sind mögliche Messfehler und einfache Dinge wie ein strahlender Schotterweg am Atomlager nicht in die Betrachtung eingeflossen. Obwohl die zuständige Messbehörde Gammastrahlung festgestellt hatte, wurde diese bei

der Berechnung auf Null gesetzt. Darüber hinaus verfälschen unzulässig gebildete Mittelwerte das Ergebnis zu Gunsten des Betreibers. „Diese Mischung ist nicht nur willkürlich und fahrlässig, sondern aus unserer Sicht auch rechtswidrig“, betonte Kurt Herzog. Es werde das Gebot missachtet, die ionisierende Strahlung so gering wie möglich zu halten.

Im Gegensatz zum Umweltministerium kommt die Umweltorganisation Greenpeace in ihrer Analyse zu dem Ergebnis, dass der zulässige Jahresgrenzwert von 0,3 Millisievert am Zwischenlager bis Jahresende überschritten werden kann. Eine Überschreitung der Grenzwerte werde in Kauf genommen, um das Lager weiter betreiben und füllen zu können, wirft Herzog der Landesregierung vor. Außerdem werde die Gesundheit der PolizeibeamtInnen gefährdet, die den Transport begleiten, und das Land bleibe auf den Transportkosten sitzen.

Weisser-Roelle: Zehn Euro als gesetzlicher Mindestlohn - jetzt!



Damit nicht mehr Millionen Beschäftigte für Armutslöhne rackern müssen und sie im Alter eine auskömmliche Rente erhalten, hat die Linksfraktion einmal mehr Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn gemacht. In einem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf für einen bundesweiten Mindestlohn, der zehn Euro nicht unterschreiten darf, als Bundesratsinitiative vorzulegen. Die Landesregierung soll auch das Landesvergabegesetz ändern. Danach sollen Land und Kommunen nur noch Aufträge an Unternehmen geben, die den Beschäftigten einen Mindestlohn zahlen.

Um die Lohnuntergrenze von zehn Euro zu ermitteln, hat sich die Linksfraktion nach der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gerichtet. Die OECD sieht die Schwelle zum Armutslohn bei zwei Dritteln des mittleren Bruttostundenlohns. Dieser beträgt laut aktuellem Report des Instituts für Arbeit und Qualifikation in den alten Bundesländern 9,50 Euro. Löhne unterhalb dieser Schwel-

le sind Armutslöhne. Aus diesem Grund lehnt Ursula Weisser-Roelle, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, branchenbezogene Mindestlöhne ab, wie sie etwa der CDU vorschweben. Danach sollen Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften einen Mindestlohn für Branchen aushandeln, in denen es keine Tarifverträge gibt.

Das Entgelt soll sich nach Auffassung der CDU im Landtag am Tarifabschluss der Leiharbeitsbranche orientieren. Das sind in den alten Bundesländern derzeit weniger als acht Euro, eine Bezahlung, bei der die Beschäftigten zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. „Ich halte jeden Arbeitsvertrag, bei dem der Staat heute den Lohn und später die Rente mit Steuergeld aufstocken muss, für sittenwidrig“, betonte dagegen Weisser-Roelle im Landtag mit Verweis auf das Bürgerliche Gesetzbuch. Bisher gibt es in 23 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einen gesetzlichen Mindestlohn.

Sohn fordert Perspektive für Kommunen nach Abzug der Bundeswehr



Viele Städte und Gemeinden sind damit konfrontiert, dass die Bundeswehr Standorte schließt und Personal abbaut, oder dass die britischen Streitkräfte abziehen. Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, die örtliche Wirtschaft macht weniger Umsatz, im schlimmsten Fall drohen ganze Stadtteile zu veröden. Die Landesregierung lässt die betroffenen Kommunen mit ihren Nöten allein. Es reiche nicht aus, nur einen Arbeitskreis einzurichten und auf bestehende Förderprogramme zu verweisen, betont Manfred Sohn, Friedenspolitiker und Landesvorsitzender der LINKEN.

Ein Antrag der Linksfraktion sieht deshalb vor, den Kommunen mit Know-how und einem Fonds zu helfen, damit vor Ort genügend neue zivile Arbeitsplätze entstehen können. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von Konversion. Die Fondsgelder für das langfristig angelegte Programm sollten aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes kommen, unterstrich Sohn im Landtag. Dazu kommen Gelder von der Europäischen Union. Damit kann die Kommune vor Ort etwa

die Wirtschaft und den Städtebau fördern und weitere Sonderförderprogramme auflegen. Die Landesregierung wird im linken Antrag aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für ein entsprechendes Bundesprogramm und einen Konversionsfonds auf Bundesebene einzusetzen.

Erfahrungen mit dem Schließen von Militärstandorten haben gezeigt, dass langfristige Konversionsprogramme Entwicklungsperspektiven für die Kommunen eröffnen. Beispiele sind ehemalige Kasernen der französischen Streitkräfte in Baden-Württemberg, aus denen „französische Viertel“ wurden. „In Anlehnung daran könnte man in Celle möglicherweise ein britisches Viertel schaffen“, regte Manfred Sohn an. Erforderlich sei eine Studie, die die negativen Folgen für jeden Militärstandort analysiert und zivile Perspektiven entwickelt. Auch das von den LINKEN vorgeschlagene zivile „Willy-Brandt-Korps“, das in Krisengebieten oder bei Katastrophen helfen soll, solle in die Überlegungen einfließen, so Sohn.

Sohn: Sparkassen stärken, Großbanken vergesellschaften



Auf Antrag der Linksfraktion hat sich der Landtag mit der Schuldenkrise in der Euro-Zone und den Lehren, die PolitikerInnen daraus ziehen sollten, befasst. Als Krisenursachen gelten bei alternativen Wirtschaftswissenschaftlern die anhaltende Umverteilung von unten nach oben und die ungezügelter Bankenmacht. Die Arbeitnehmer in Deutschland etwa haben von 1991 bis 2010 mehr als 1,1 Billionen Euro an Einkommen verloren, das zu den Unternehmer- und Vermögens-Einkommen umverteilt wurde. Da die Reichen einen großen Teil ihres Vermögens an den Finanzmärkten anlegen, bauen sich Finanzblasen auf, die irgendwann platzen. Manfred Sohn, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion, forderte entsprechend, die Löhne der Beschäftigten deutlich zu erhöhen und endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

Der durch zahlreiche Steuersenkungen arm gemachte Staat muss sich immer weiter verschulden, um seinen Aufgaben nachkommen zu können und braucht dringend mehr Einnahmen. Die Linksfraktion will des-

halb Reiche und gut verdienende Unternehmen mit einer reformierten Vermögenssteuer, einer Großerbensteuer, einer Körperschaftssteuer von 25 Prozent und einer Börsenumsatzsteuer zur Kasse bitten. Private Großbanken will DIE LINKE verstaatlichen, im kürzlich in Erfurt verabschiedeten Parteiprogramm heißt es dazu: „Ein funktionierender Finanzsektor ist ein öffentliches Gut, seine Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe. Das europäische Banken- und Finanzsystem gehört dauerhaft unter gesellschaftliche Kontrolle.“

Als eine weitere Lehre aus der Eurokrise forderte Manfred Sohn, die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu stärken. Den Sparkassen und der Norddeutschen Landesbank müsse die Gewährträgerhaftung zurückgegeben werden. Gemeint ist die unbeschränkte Haftung des Staates für die Verbindlichkeiten der Sparkassen, die so nicht Pleite gehen können. Das sichert zugleich die Spareinlagen der BürgerInnen.